

# **Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Spreewaldheide**

Aufgrund der §§ 4 und 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. 1 S. 286) in der jeweils geltenden Fassung, hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Spreewaldheide in ihrer Sitzung am 22. September 2009 folgende Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 3. März 2009, ausgefertigt am 4. März 2009 und veröffentlicht im Amtsblatt für das Amt Lieberose/Oberspreewald am 21. März 2009, beschlossen:

## **Artikel I Satzungsänderung**

§ 2 Förmliche Einwohnerbeteiligung  
wird wie folgt gefasst:

- (1) Neben Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beteiligt die Gemeinde ihre betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:
  1. Einwohnerfragestunden der Gemeindevertretung
  2. Einwohnerversammlungen
- (2) Der Amtsdirektor unterrichtet die betroffenen Einwohner bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die ihr wirtschaftliches, soziales und kulturelles Wohl nachhaltig berühren, möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen.
- (3) Die Gemeindevertretung führt in ihren öffentlichen Sitzungen grundsätzlich Einwohnerfragestunden durch. Jeder Einwohner ist berechtigt mündlich oder schriftlich Fragen, Vorschläge und Anregungen in Angelegenheiten der Gemeinde an die Gemeindevertretung zu richten. Schriftliche Fragen sind grundsätzlich fünf Kalendertage vor der Sitzung an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung oder an den Amtsdirektor zu richten. Die Fragen werden mündlich ohne Beratung beantwortet. Eine Zusatzfrage wird zugelassen. Ist der Fragesteller nicht anwesend oder kann die Frage nicht beantwortet werden, erfolgt eine schriftliche Beantwortung innerhalb von vier Wochen.
- (4) Unmittelbar geltende Vorschriften des Landes- oder Bundesrechts, die die förmliche Einwohnerbeteiligung regeln, bleiben unberührt.

## **Artikel II Inkrafttreten**

Die Erste Satzung zur Änderung der Hauptsatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.